



**Niederschrift
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Finanzen,Wirtschaft und Liegenschaften**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.06.2002
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Sitzungsleitung
Frau Marquardt, Edith	SPD	nicht anwesend von 20:30 Uhr bis 20:50 Uhr
Herr Dr. Stahlberg, Jürgen	SPD	
Herr Krause, Siegmар	PDS	
Herr Schöder, Jura	PDS	
Herr Bruch, Stefan J.	CDU	
Herr Dienst, Ernst		anwesend ab 18:25 Uhr
Frau Jakob, Madeleine		anwesend bis 20:30 Uhr
Herr Richter, Peter	PDS	
Herr Schröder, Michael	CDU	

Nicht anwesend sind:

Herr Reichelt, Dietmar	SPD	entschuldigt
Herr Traeger, Christian	PDS	entschuldigt
Frau Hüneke, Saskia	Grüne/B90	nicht anwesend
Herr Huck, Axel	PDS	nicht anwesend
Herr Korne, Ingo	PDS	nicht anwesend
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	nicht anwesend
Herr Lechner, Sebastian	SPD	nicht anwesend
Herr Schüler, Peter	Grüne/B90	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Protokollbestätigung, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 22.05.2002
- 4 Frauen in Potsdam/Genderspezifisches Datenmaterial
Vorlage: 02/SVV/0371
Überweisung aus dem HA

- 5 Diskussion zu den Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Finanzkraft der Brandenburgischen Städte
eingeladen wurde Herr Dr. Stark
- 6 Analyse der Standortbedingungen
Vorlage: 02/SVV/0331
(WV überwiesen durch StVV 08.05.2002 in Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften und HA, wobei die Diskussion im HA gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat erfolgen wird)
FB 93 Herr Dr. Geiss
- 7 Antragsrecht für Fachausschüsse der StVV
Vorlage: 02/SVV/0355
FB 30 Frau Calek
- 8 Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung 'Stiftung Altenhilfe Potsdam' für das Jahr 2001
Vorlage: 02/SVV/0366
Oberbürgermeister, FB Jugend, Soziales und Wohnen
- 9 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe - KITA Richtlinie - KITA R
Vorlage: 02/SVV/0374
Oberbürgermeister, FB Jugend, Soziales und Wohnen
- 10 Honorarordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0421
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 11 Entgeltordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0422
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 12 Konzept zur Gewerbeflächenmobilisierung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0426
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 13 'Behelfsheime für Luftkriegsopfer'
Vorlage: 02/SVV/0452
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GB III
- 14 sonstiges
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GB III
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
Oberbürgermeister, FB Jugend, Soziales und Wohnen
Oberbürgermeister, FB Jugend, Soziales und Wohnen
FB 30 Frau Calek
(WV überwiesen durch StVV 08.05.2002 in Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften und HA, wobei die Diskussion im HA gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat erfolgen wird)
FB 93 Herr Dr. Geiss
eingeladen wurde Herr Dr. Stark
Überweisung aus dem HA

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Frau Knoblich begrüßte die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Die Einladung ist den Ausschussmitgliedern und Vertretern der Verwaltung frist-

gerecht zugegangen.

Die Beschlussfähigkeit wurde durch die Ausschussvorsitzende festgestellt.
Zu Beginn der Sitzung waren 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

-

zu 2 Bestätigung der Tagesordnung

Folgende Änderungen zur vorliegenden Tagesordnung wurden vorgeschlagen:

1. Der TOP 6 "Analyse der Standortbedingungen" wird gemäß Festlegung des Hauptausschusses vom 12.06.2002 zurückgestellt.
Festgelegt wurde die gemeinsame Beratung durch die Mitglieder des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften am 11.09.2002. Die Einladung erfolgt durch Frau Ziegenbein.
2. Zum TOP 9 "Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe - KITA Richtlinie - KITA R" wurde Rederecht durch Herrn Wagner "Kleine Liga Potsdam" beantragt.
Dieses wurde von den Ausschussmitgliedern einstimmig gewährt.

Herr Jakobs stellte in diesem Zusammenhang Herrn Oeter (Sozial Consulting Management) vor, der ggf. die Beantwortung einiger Fragen vornehmen wird, wenn die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.
Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde Zustimmung erteilt.

Festgelegt wurde eine Redezeit pro Redner von 5 Minuten.

Abstimmung:

Der Abarbeitung der Tagesordnung unter Berücksichtigung der o. g. Punkte wurde von den Ausschussmitgliedern einstimmig zugestimmt.

zu 3 Protokollbestätigung, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 22.05.2002

Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung am 22.05.2002 gab es keine Hinweise, Änderungsvorschläge, Einwände.

Abstimmungsergebnis:

Das vorliegende Protokoll wurde von den Ausschussmitgliedern einstimmig beschlossen.

zu 4 Frauen in Potsdam/Genderspezifisches Datenmaterial

Vorlage: 02/SVV/0371

Frau Melior bedankte sich für die Gelegenheit im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften zur o. g. Thematik sprechen zu können.

In ihren Ausführungen erläuterte Frau Melior die Einführung des Prinzips des Gender Mainstreamings und gab Informationen zu den vorliegenden Daten. Insbesondere ging Frau Melior auf das Programm "Umbau soziale Stadt" ein.

Hinsichtlich der bevorstehenden Aufgaben, erklärte Frau Melior, dass vorgesehen ist, einen Gender Katalog anzulegen.

Zu prüfen ist die Frage: "

Wie werden die Gelder in den Kommunen verteilt?"

Abschließend wies Frau Melior auf die unterschiedlichsten Förderprogramme und deren strengen Anpassung hin.

Einführung des Prinzips des Gender Mainstreamings für die Stadtverordnetenversammlung

Vorlage von genderspezifische Daten für die Landeshauptstadt Potsdam und das Umland

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilungsvorlage wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 5 Diskussion zu den Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Finanzkraft der Brandenburgischen Städte

In Auswertung der begonnenen Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften am 22.05.2002 wurde Herr Dr. Stark zur Erläuterung der in den Handlungsempfehlungen zu grunde gelegten Zahlen und Grafiken eingeladen.

Herr Dr. Stark informierte in seinen Ausführungen zur allgemeinen Finanzsituation der Städte.

Anhand graphischer Darstellungen erläuterte Herr Dr. Stark

1. die Haushaltssituation Potsdam 1994 bis 2001
2. die Haushaltssituation Brandenburg ab 1999 - Ausg. = höher als die Einn. Vwh
3. die Haushaltssituation Dresden 1995 - 2000 = Einnahmen höher als Ausg.
4. die Haushaltssituation Frankfurt/Oder 1995 - 2001 = Ausgaben höher als Einn.
5. die Haushaltssituation Potsdam im Vergleich zu 40 anderen Städten hier musste festgestellt werden, dass der überwiegende Teil der Städte einen gesunden Haushalt aufweisen kann.
6. die Entwicklung des Finanzierungssaldos

7. die Darstellung des kameralistischen Haushalts
8. die Vergabe Schlüsselzuweisungen, Landeszuweisungen
9. die wichtigsten Finanzströme des Haushaltsausgleichs im Vergleich Brandenburg/Sachsen
10. den Vermögensverzehr 1997 - 2001 der kreisfreien Städte
hier ist festzustellen, dass keine andere Stadt soviel verkauft hat wie Potsdam

In der Diskussion fragte Frau Knoblich nach den Quellen der vorgelegten Zahlen und Daten und Herr Krause nach den hinter den Zahlen stehenden Leistungen.

Zu den dargestellten Zahlen im Bereich Soziales/KITA bestätigte Herr Jakobs auf Anfrage, dass diese nicht anzuzweifeln sind. Herr Jakobs informierte in diesem Zusammenhang über die derzeitige Erarbeitung einer Mitteilungsvorlage betr. "betriebswirtschaftlicher Analyse der Kosten der Kinderbetreuung in Potsdam", welche den Stadtverordneten dann vorgelegt wird.

Herr Bruch sprach die investiven Zweckzuweisungen sowie die zukünftige Umsetzung des HSK (stärkeres Konsolidierungsverfahren) an. Weiterhin bittet er Herrn Ernst um Prüfung der evtl. vorgesehenen Umwandlung in Schlüsselzuweisungen. In diesem Zusammenhang erinnerte Herr Bruch an die Festlegung dem folgenden Beteiligungsbericht einen Ausblick auf die wirtschaftliche Lage der Betriebe beizulegen.

In Beantwortung der o. g. Fragen informierte Herr Ernst, dass der 6. Beteiligungsbericht den Stadtverordneten in der Sitzung am 03.07.2002 vorgelegt wird. Gesondert wird es einen Bericht zur Wirtschaftslage der Betriebe geben. Dieser wird auf Grund der dort genannten Unternehmensdaten nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sein. Weiterhin kann dieser auf Grund seines Umfangs nicht an alle Stadtverordneten ausgereicht werden. Jede Fraktion wird in Vorbereitung der StVV am 03.07.2002 ein Exemplar erhalten.

Frau Knoblich bedankte sich bei Herrn Dr. Stark für seine Ausführungen.

zu 6 Analyse der Standortbedingungen
Vorlage: 02/SVV/0331
Gemäß den Ausführungen unter TOP 2 wurde die o. g. DS zurückgestellt.

-

zu 7 Antragsrecht für Fachausschüsse der StVV
Vorlage: 02/SVV/0355

Frau Calek informierte zum gestellten Antrag aus rechtlicher Sicht. Dabei wies sie auf die Regelungen der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung hin.

Herr Krause sprach das aus seiner Sicht praktizierte Antragsrecht der Ausschüsse,

indem durch diese Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge empfohlen werden, an und bat um Prüfung durch die Arbeitsgruppe.

Frau Calek erläuterte die unterschiedliche rechtliche Darstellung bei Änderungs- bzw. Ergänzungsanträgen gegenüber neuer Anträge.

§ 21 (1), Satz 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung erhält folgende

neue Fassung:

Beschlussvorlagen und Anträge können vom Oberbürgermeister/von der Oberbürgermeisterin, von Fraktionen, von Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und von Stadtverordneten eingebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2

zu 8 Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung 'Stiftung Altenhilfe Potsdam' für das Jahr 2001

Vorlage: 02/SVV/0366

Herr Jakobs bracht die o. g. DS ein.

In der Diskussion fragte Herr Richter nach der Art der Kapitalanlage.

Herr Jakobs bestätigte die Abstimmung mit dem Bereich der Finanzsteuerung.

Herr Dienst erklärte, dass es sich hier um Festzinssätze handelt.

Herr Krause bittet um schriftliche Nachreichung einer Stellungnahme bezogen auf die Beanstandungen im Bericht des LRH zum Thema "Altenhilfe".

Diese wird von Seiten der Verwaltung zugesagt.

Den Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ für das Jahr 2001

Abstimmungsergebnis:

Die Drucksache 02/SVV/0366 wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 9 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe - KITA Richtlinie - KITA R

Vorlage: 02/SVV/0374

Herrn Wagner von der "Kleinen Liga Potsdam" vor Beginn der Diskussion Rede-recht eingeräumt.

Herr Wagner bedankte sich dafür und sprach in seinen Ausführungen die Kita-Finanzierung sowie die Regelungen des § 16 Kita-Gesetz an. Weiterhin informierte er zum Tagessatzmodell.

Frau Knoblich bat anschließend Herr Jakobs um die Darstellung der Ziele, die durch die vorliegende KITA R erreicht werden sollen und um Ausführungen zu den Auswirkungen des Tagessatzmodells.

Herr Jakobs erklärte warum es nicht wie vorgesehen zu einer entsprechenden Vereinbarung kommen konnte und warum jetzt die o. g. KITA R vorgelegt wird. Zur Frage eines evtl. Einsparpotentials bestätigte Herr Jakobs, dass hier noch keine Zahlen genannt werden können. Zur Zeit ist noch nicht eindeutig klar, wie die Richtlinie zur Anwendung kommt.

Ziel ist es, die wirtschaftliche Betriebsform d. Kitas zu erreichen (Optimierung).

Herr Schweers erläuterte anhand einer Folie die "Grundzüge der Finanzierung der Kindertagesstätten in freie Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam".

In der Diskussion fragte Herr Bruch nach den Auswirkungen der Umstellung für die Stadt auch unter dem Aspekt Haushaltssicherungskonzept.

Dabei sprach Herr Bruch die evtl. Möglichkeit eines Verrechnungssystems bezogen auf die Zahlung der unterschiedlichen Elternbeiträge in den Einrichtungen an. Unterschiedliche Einnahmen in den Einrichtungen können seines Erachtens nicht zu Lasten der Stadt gehen.

Weiterhin fragte Herr Bruch an, ob die angedachte Tagespflege sich für die Stadt als interessant darstellt.

Herr Krause wies auf eine dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden vorliegende Eingabe zur KITA R hin. Diese wird durch den GB III bearbeitet.

Frau Knoblich hinterfragte nochmals das Ziel der vorliegenden KITA R.

Sie legte dar, dass der Eindruck entsteht, dass die Erarbeitung sehr theoretisch und nicht am Modell erfolgt ist. Konkret spricht sie hier die Festlegungen betr. Quadratmeterflächen für Spielflächen, Wirtschaftsflächen und sog. Nebenflächen an (S. 7 der Richtlinie (4)c)

Ergänzend hierzu fragte Frau Knoblich nach, ob alle unsere Einrichtungen über eine Betriebserlaubnis verfügen.

Herr Bruch erklärte, dass die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen nicht nachvollziehbar vorgenommen wurde.

Herr Jakobs erklärte auf Anfrage, dass es vorrangig um die Optimierung der Versorgung und Betreuung der Einrichtungen geht und man schon davon ausgeht, dass hier Einsparungen zu erzielen sind. Die Höhe kann aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt werden.

Zur Erteilung der Betriebserlaubnis bestätigte Herr Jakobs, dass diese vorliegt, ein Teil der Einrichtungen aber nur eine vorläufige besitzen.

Herr Dienst regt die Splittung in 3 Blöcke an:

1. gesetzliche Mindestfinanzierung
2. pauschalisierte Standardfinanzierung
3. angemessene Individualfinanzierung - hier besteht Ermessensspielraum
Vorschlag: Budgetierung

Herr Jakobs erklärt, dass in Vorbereitung des HH 2003 eine Kalkulation möglich wäre, der 3. Block würde aber eine Unbekannte sein.

Im Ergebnis der Diskussion bitten die Ausschussmitglieder um die Überar-

beitung der o. g. DS unter Berücksichtigung der fehlenden Darstellungen (Ziele, finanzielle Auswirkungen) und offenen Fragen.

Die Ausschussmitglieder bitten die Verwaltung um Überarbeitung der DS und Wiedervorlage zur Ausschusssitzung am 21.08.2002.

Diese wird von Seiten der Verwaltung zugesagt.

Herr Jakobs weist auf Grund der o. g. Festlegung ausdrücklich auf die Auswirkungen der verzögerten Umsetzung der Richtlinie hin.

**zu 12 Konzept zur Gewerbeflächenmobilisierung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0426**

Frau Holtkamp informierte zum Anlass der Erstellung der Vorlage und brachte diese anschließend ein.

In der Diskussion stellte Herr Bruch den Antrag, (unter der Voraussetzung, dass kein notwendiger Handlungsbedarf derzeit besteht, die Vorlage beschließen zu müssen), die betroffenen Unternehmensverbände zur Anhörung einzuladen. Dieser Antrag wurde mit 1/4/0 abgelehnt.

Aufgenommen wurde der Vorschlag von Herrn Krause, die Vorlage abzustimmen und zu gegebener Zeit durch die Fraktionen einen Sachstandsbericht abzufordern.

1. Das Gutachten „Gewerbeflächenmobilisierung Landeshauptstadt Potsdam“ (Kurzfassung) wird zur Kenntnis genommen (s. Anlagen 1 bis 4).
2. Sobald die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies zulassen, sollen die in diesem Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten der verstärkten Mobilisierung von Gewerbeflächen und der Ansiedlung gewerblicher Betriebe durch die Verwaltung genutzt werden.
3. Die im Rahmen des Gutachtens erarbeiteten Gebiets- und Standortpässe sollen durch die Verwaltung auf dem aktuellen Stand gehalten und in die bestehenden Möglichkeiten der Gewerbeflächenpräsentation soweit wie möglich einbezogen werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen die Entwicklung kleinerer Gewerbeflächenpotenziale, die im Flächennutzungsplan als Wald, Grünfläche oder Fläche für die Landwirtschaft dargestellt sind, betrieben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 13 'Behelfsheime für Luftkriegsopfer'

Vorlage: 02/SVV/0452

Frau Knoblich und Herr Ernst verwiesen auf den Protokollauszug des Ausschusses für Stadtentwicklung/Bau und Wohnen aus dem hervorgeht, dass die Antragstellerin

Frau Hüneke den o. g. Antrag im genannten Ausschuss zurückgestellt hat und zu gegebener Zeit die Aufnahme wieder erfolgen wird.

Dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften lag von Seiten Frau Hüneke dazu keine Mitteilung vor.

Nach kurzer Rücksprache im Ausschuss wurde festgelegt, über den o. g. Antrag abzustimmen.

Die kleine Holzbaracke auf dem Grundstück Gutenbergstraße 74 ist eines der letzten „Behelfsheime für Luftkriegsopfer“, die als Notunterkunft für die durch den 2. Weltkrieg obdachlos gewordenen Familien errichtet wurden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das „Behelfsheim“ auf dem Grundstück Gutenbergstraße 74

- umgehend vor dem Verfall zu sichern (Notsicherungskonzept: Freilegung des Bauwerks von Wildwuchs und Entrümpelung, Bergung aller zugehörigen Teile im Umfeld, Zerlegung des Behelfsheimes in seine Bauelemente und Erstellung einer Dokumentation, Verbringung der Teile an einen sicheren Standort)
- wieder in seinen Originalzustand zu versetzen
- und an anderer Stelle der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die acht noch erhaltenen „Behelfsheime“ in der Gartensiedlung „Einsiedelei“ und die so genannte „Kühne-Siedlung“ in Potsdam-West, die auch als Behelfsheime galten, unter Schutz gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

zu 14 sonstiges

Keine Informationen

-

